

W 172 17.05.03.
„Streetworker“-Fragen an den Bürgermeister / GFL-Vorstand:

„Genehmigung des Kraftwerkes bescheinigt nur Rechtszulässigkeit“

Lünen. (-nz) Die Genehmigung des Trianel-Kraftwerksbaus in Lünen besage keineswegs, dass der Bau der Anlage kommunalpolitisch sinnvoll oder gar unschädlich für Umwelt und Gesundheit sei. Sie bescheinige, so die GFL-Sprecher Hofnagel und Laarmann, „die Rechtszulässigkeit“.

In der Debatte über die Schadstoffbelastung, die vom neuen Kraftwerk ausgehe, bemühen die Spitzen der Wählergemeinschaft nun auch den Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie

und Beatmungsmedizin, Prof. Dr. Helmut Teschler, von der Ruhrlandklinik in Essen. Der sage nämlich beispielsweise, dass es „aus medizinischer Sicht keine irrelevanten Zusatzbelastungen durch Schadstoffe“ gebe. Gerade in Regionen, in denen Grenzwerte bereits erreicht oder gar überschritten seien, „ist jede Zusatzbelastung aus medizinischer Sicht relevant“. Dies treffe, so die GFL, auf Lünen uneingeschränkt zu. Die Wählergemeinschaft werde jedenfalls die geplante Klage von BUND und Bürgerinitiative gegen das Kraft-

werksprojekt unterstützen.

In einem Schreiben an Bürgermeister Stodollick haben sich die GFL-Jugendpolitiker Folchmann und Manns darüber beklagt, dass ihre Arbeitsgruppe von der Verwaltungsleitung bisher keine Erlaubnis erhalten habe, mit den Streetworkern vor Ort zu sprechen. Die GFL fordere daher eine solche Gesprächsmöglichkeit ein. In der Zwischenzeit solle der Bürgermeister einen Fragenkatalog zur praktischen Arbeit, zu Maßnahmen und Erfolgen und zu den Einsatzorten und -möglichkeiten der Streetworker beantworten.